

Zukunftsbilder und -visionen für Europa

Der Krieg in der Ukraine stellt die EU vor neue präzedenzlose Herausforderungen. Erstens markiert er eine klare Wende in der EU-Außendarstellung und Selbstwahrnehmung. Die EU hat sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte als eine normative Macht definiert, die das alte geopolitische Denken ablehne und primär durch Soft Power und Attraktivität vom eigenen politischen und wirtschaftlichen Modell agiere. Ob diese Selbstdarstellung gestimmt hat, lässt sich streiten; der Krieg in der Ukraine zeigt jedoch, dass der Osten Europas zu einer dauerhaften Zone der politischen Instabilität und der Konflikte wird. Die EU soll deswegen sehr wahrscheinlich eigene Selbstwahrnehmung verändern oder anpassen, was keine einfache Aufgabe ist und mit vielen anderen Herausforderungen verbunden ist. Zweitens wurde im Zuge des Krieges der Ukraine und Moldau eine Mitgliedschaftsperspektive angeboten; Georgien strebt diese Perspektive ebenso an. Die Aufnahme der Ukraine ist eine Mammutaufgabe für die EU (und für die Ukraine selbst); dazu kommt noch, dass die Aufnahme neuer Mitglieder grundsätzlich massive Veränderungen in der EU selbst fordert (etwa Reformen der Entscheidungsfindungsmechanismen und der supranationalen Kompetenzen), die schwierig durchzusetzen sein werden. Diese Reformen werden aufgrund des eher trüben wirtschaftlichen Ausblicks für die EU umso schwieriger fallen.

Es ist unklar, ob es in der EU eine dezidierte osteuropäische Perspektive gibt. Die osteuropäischen Staaten unterscheiden sich sehr stark voneinander; das lässt sich übrigens an deren Positionierung in dem Ukraine-Krieg sehr stark merken (z.B., Polen, Lettland, Litauen und Estland vs. Ungarn). Auch wirtschaftlich und politisch unterscheidet sich die Lage in verschiedenen osteuropäischen Staaten enorm, und kann sich auch sehr schnell verändern. Polen und Ungarn, die einst als Erfolgsbeispiele der demokratischen Transformation gefeiert wurden, wurden im letzten Jahrzehnt zu Paradebeispielen von Democratic Backsliding; die letzten Wahlen in Polen zeigen jedoch, dass auch dieser Trend sich umkehren kann. Man kann sogar behaupten, der wichtigste Faktor, der die osteuropäischen Staaten vereinigt, ist der Tatbestand, dass sie als osteuropäisch wahrgenommen werden. Einzelne osteuropäische Staaten zeichnen sich jedoch durch spezifische EU-Visionen aus, sowie durch die Ambitionen, diese Visionen durchzusetzen. Ein gutes Beispiel ist Polen, das einerseits in vielen inneneuropäischen Angelegenheiten eher eine konservative Position annimmt, in der Außenpolitik und Haltung gegenüber Russland auf die europäische Solidarität pocht (jedoch auch dazu bereit ist, selbständig und nicht im Einklang mit der europäischen Position zu agieren, falls es eigenen Interessen besser entspricht). Polen erwartet (insbesondere aufgrund des Krieges in der Ukraine), eine wichtigere Rolle in der EU wahrzunehmen, was natürlich mit viel Konfliktpotential verbunden ist.

Man darf auch nicht vergessen, dass im Osten Europas ein anderes ungelöstes Problem der EU liegt – die Westbalkanstaaten. Gerade in den letzten Jahren zeichnete sich die Lage in Serbien, Bosnien und Kosovo durch erhebliche Destabilisierungstendenzen aus. Der Erfolg der Bemühungen der EU zur Stabilisierung dieser Region bleibt aus (und grundsätzliche Effektivität des Ansatzes, den die EU gegenüber den Westbalkanstaaten verfolgt, ist nicht unumstritten). Die größere Polarisierung der internationalen Politik führt dazu, dass auch andere wichtige Akteure (inklusive China, Russland und der Türkei) versuchen, ihren Einfluss in der Westbalkanregion auszubauen.